

„Schutzbedürftigkeit der Saatkrähe neu bewerten“

OB Kapellen und der Bürgermeister von Bad Krozingen bitten den Städtetag-Präsidenten um Unterstützung

LAUPHEIM (ry) - Gemeinsam mit dem Bürgermeister von Bad Krozingen (Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald) hat Laupheims OB Rainer Kapellen einen Vorstoß unternommen, den Schutzstatus der Saatkrähe in Deutschland herabzusetzen. In einem Brief bitten sie den Präsidenten des Städtetags Baden-Württemberg, Freiburgs OB Dieter Salomon, „in den entsprechenden politischen Gremien mit diesem Anliegen vorstellig zu werden“. Die Thematik müsse auf Bundesebene diskutiert werden.

Laut EG-Vogelschutzrichtlinie dürfe die Saatkrähe in einzelnen Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft gejagt werden, in Frankreich seit 1994, führen Kapellen und das Krozinger Stadtoberhaupt Volker Kieber in dem Schreiben aus. In der Schweiz sei der Schutzstatus 2012 aufgehoben worden. „Wir vermuten, dass die starke Zunahme der Saatkrähenbestände in Baden-Württemberg mit der erlaubten Bejagung in den Nachbarländern zusammenhängt, und drängen daher auf eine Angleichung der Gesetzeslage.“

Die veränderten Gegebenheiten seien zu berücksichtigen und neu zu bewerten, fordern Kapellen und Kieber. Mitte der 80er-Jahre hätten in ganz Baden-Württemberg nur etwa 400 Brutpaare gelebt; mittlerweile habe sich der Bestand erholt, laut Naturschutzbund auf 8000 bis 9000 im Jahr 2014. Seither sei die Zahl vermutlich weiter gestiegen, sagen die Rathauschefs. „Im Interesse der Bevöl-

kerung ist daher eine gesetzliche Änderung in der Betrachtung der Schutzbedürftigkeit der Saatkrähe dringend notwendig.“

Sowohl in Laupheim als auch in Bad Krozingen werde seit geraumer Zeit die Lebensqualität massiv durch Saatkrähen beeinträchtigt, heißt es weiter in dem Brief an Salomon. In Laupheim sei die Zahl der Brutpaare seit 1991 von 168 auf fast 700 gestiegen, im Schwarzwälder Kurort seien dieses Jahr rund 1300 Nester gezählt worden. Auch andere Städte in Baden-Württemberg wie Lahr, Lörrach, Emmendingen und Freiburg und Kommunen in anderen Teilen Deutschlands kämpften mit diesem Problem. Es sei dringlich, „dass die betroffenen Kommunen die Kräfte bündeln (...) und gemeinsam etwas dagegen unternehmen“. Ein Erfahrungsaustausch in einer vom Städtetag eingerichteten Arbeitsgruppe könne ein erster Schritt sein.

In Laupheim wurde im Herbst 2016 mit einer Umsiedlungsaktion der Saatkrähen aus dem Stadtgebiet ins Rifstal begonnen. Ein Falkner und sein Team versetzten mit Greifvögeln die innerstädtischen Krähenkolonien über Wochen in Unruhe und erreichten, dass ein Teil das Brutgeschäft in Außenreviere verlegte. „Die damit erzielten Erfolge waren in diesem Maß im ersten Projektjahr so nicht unbedingt zu erwarten“, lautete das Resümee des städtischen Umweltamts. Der Gemeinderat hat 100 000 Euro bewilligt, um die Vergrämung 2018 fortsetzen zu können.

Anlage 7

Schwäbische Zeitung vom 04.04.2017

(Fortsetzung nächste Seite)

LAUPHEIM



Presstetermin im Schlosspark: OB Rainer Kapellen (links) zog eine Zwischenbilanz der Saatkrähenumsiedlung, Anwohner Werner Sobotzik (getönte Brille) hofft auf dauerhaften Erfolg.



Bereit zum Flug: Der Sakerfalke „Ahmed“ breitet die Schwingen aus, gleich wird er von Lillian Hartmanns Hand starten.
FOTOS (2): ROLAND RAY

Von Roland Ray

LAUPHEIM - Die seit dem Spätherbst eingeleiteten Schritte, Saatkrähen zum Umzug aus dem Laupheimer Stadtgebiet in die freie Landschaft zu bewegen, beginnen Wirkung zu zeigen. Vor allem im Schlosspark müsse man aber weiter am Drücker bleiben, sagte Oberbürgermeister Rainer Kapellen am Montag vor der Presse.

„Es hat schon einen Wert, was getan wird“, zog Kapellen eine Zwischenbilanz. Kleinere Areale wie Alter und Neuer Friedhof, Höhenanlage und Gregorianum, in der Vergangenheit beliebte Niststätten der Saatkrähen, seien jetzt „vogelfrei“. Anders die Situation im Schlosspark: Dort ist die Zahl der Brutpaare zwar gesunken, jedoch sind Teile der Kolonie zuletzt offenbar noch näher an die lärm- und kotgeplagten Anwohner herangerückt.

Neue Nester in der „Bibri“

Nach Angaben der städtischen Umweltbeauftragten Ulrike Stöhr haben Fachleute im Dezember 40 und im Februar weitere 80 Nester im Stadtgebiet abgebaut und in Baumkronen im Bereich „Bibri“ verpflanzt, etwa zwei Kilometer westlich von Laupheim. Gleichzeitig wurden dort Futteranreize für die Saatkrähen geschaffen. „Das Futter haben sie angenommen“, berichtet Stöhr. Die umgesiedelten Nester blieben jedoch verwaist; stattdessen haben die Schwarzgefiederten in der „Bibri“ etwa 80 neue gebaut. Im Schlosspark wurden laut Stöhr vorige Woche noch etwa 280 Nester gezählt.

In den Bereich Grundgraben/Viadukt haben sich mittlerweile etwa 75 Brutpaare abgesetzt. Das Ziel sei, diese Vögel nächstes Jahr noch ein Stück weiter nach draußen zu dirigieren und ihnen das Gebiet beim Hochwasserschutzdamm als „Wohnsitz“ schmackhaft zu machen, sagt Stöhr.

Vergeblich hatte die Stadtverwaltung beim Landratsamt beantragt, alle Nester im Zentrum entfernen zu dürfen. Die Behörde habe dies aus naturschutzrechtlichen Gründen abgelehnt. Die im Februar begonnene Vergrämung mit Greifvögeln kann mit einer Sondergenehmigung bis 15. April fortgesetzt werden, falls die Saatkrähen nicht vorher mit der Eiablage beginnen.

Rainer Kapellen sprach am Mon-

„Wir müssen dranbleiben“

Saatkrähenumsiedlung: Nestabbau und Einsatz von Greifvögeln zeigen erste Wirkung



Hunderte Saatkrähen tummeln sich jetzt wieder in den Baumkronen im Schlosspark.

FOTO: BARBARA BRAIG



Mit dem Federspiel animiert Leo Mandlsperger den Falken zu rasanten Flugmanövern.

FOTO: RAY

tag von einem langwierigen Prozess bei der Krähenumsiedlung. Dabei komme es darauf an, Geduld zu haben und einmal gewonnenes Terrain nicht wieder herzugeben.

„Wir akzeptieren, dass nicht alles in einem Jahr zu schaffen ist, setzen aber darauf, dass man an dem Thema dranbleibt und Genehmigungen voll-

umfänglich ausgenutzt werden“, sagt Werner Sobotzik. Er wohnt an der Bronner Straße, „direkt in der Einflugschneise“. Es habe „viel gebraucht, bis die Behörden sich bewegten“, sagt er. Allzu lange hätten sie sich hinter den Gesetzen verschanzt. Ob die jetzt praktizierte Vergrämung das Problem dauerhaft löst, sei offen.

Für den Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) ist Gerd Renner, Mitglied im Regional- und Kreisvorstand, zum Pressetermin gekommen. Er erinnert daran, dass die Saatkrähen aus ihren angestammten Revieren verjagt wurden, bevor sie in Laupheim siedelten, und dass sie streng geschützt sind. Heute gebe es

deutschlandweit noch 8000 bis 8500 Brutpaare.

„Sie wohnen mit Sicherheit nicht in einer Situation wie wir“, hält ihm Werner Sobotzik entgegen. „Wir kriegen alles ab.“ „Ich habe ja Verständnis für Ihre Situation“, erwidert Renner. „Die Saatkrähen sind hier in zu großer Anzahl am falschen Ort.“ Sie zu vergrämen müsse unter solchen Umständen möglich sein – im Rahmen des gesetzlich Erlaubten, wohlgehemmt. Es gehe nicht darum, die Art auszurotten, sagt Sobotzik, „aber der Mensch muss regulierend eingreifen können“.

„Ein guter Anfang“

Seit 21. Februar setzen der Falkner Leo Mandlsperger aus dem bayrischen Egenburg und seine Assistentin Lillian Hartmann in Laupheim Falken, Wüstenbussarde und einen sibirischen Uhu ein, um Saatkrähen zum Wegzug aus dem Stadtgebiet zu bewegen. „Es war ein guter Anfang“, sagt Mandlsperger. Ein Areal von der Größe des Schlossparks müsse man freilich nächstes Jahr zu Ende bringen, dann aber mehr Nester entfernen und früher anfangen als dieses Mal, um den Krähen genug Gelegenheit zu geben, neue Brutplätze zu suchen – „dafür war es heuer etwas spät“.

Zwölf Stunden täglich sind Mandlsperger und Hartmann mit ihren Raubvögeln präsent. Die meiste Zeit verwenden sie ein Federspiel. Kaum steigt ein Greif auf, erfasst hektische Unruhe die Saatkrähenkolonie. Ab und an lässt der Falkner seine Vögel richtig Beute machen – sonst, erklärt er, würden die Krähen schnell zur Tagesordnung übergehen.

Kritisch sieht Mandlsperger die starke Verkotung an Orten, an denen sich viele Menschen aufhalten. Die Exkremente kranker Vögel seien mit Kolibakterien und Salmonellen belastet. „Das müssen Amtsveterinäre beurteilen“, sagt Mandlsperger. Seiner Meinung nach werden mögliche Risiken verharmlost.

30 000 Euro hat die Stadt Laupheim für die Umsiedlung bereit gestellt und auf rund 70 000 Euro Zuschuss von der Stiftung Naturschutzfonds Baden-Württemberg gehofft. Nach SZ-Informationen hat das Regierungspräsidium jedoch abgewunken. Es gebe zu viele Anträge und zu wenig Mittel.



Die Nester im Stadtbereich sollen in der freien Landschaft des Rißtals eingebaut werden.

ARCHIVFOTO: BARBARA BRAIG

Umsiedlung der Saatkrähen beginnt

Fachleute lassen zunächst bis zu 40 Nester im Stadtbereich „umziehen“

LAUPHEIM (sz) - Die angekündigten Maßnahmen zur Umsiedlung der Laupheimer Saatkrähen kommen jetzt in Gang: Anfang Dezember wollen Fachleute bis zu 40 Nester im Stadtbereich auswählen, die abgebaut werden, und Bäume in der freien Landschaft des Rißtals bestimmen, in die die Nester eingebaut werden sollen.

Auf diese Weise soll ein optimales Lockbild für die Saatkrähen erreicht werden, erklärt das Landratsamt in einer Pressemitteilung. Als weitere Maßnahmen werden Saatkrähen am neuen Standort in der Bibri mithilfe von akustischen Klangattrappen mit Saatkrähenrufen angelockt, ein entsprechendes Monitoring und Öffentlichkeitsarbeit laufen parallel. Daneben erfolgt die Ausbringung von Nistmaterial im Zielgebiet (zum Beispiel aus zerfallenen Saatkrähenestern). Hierfür zeichnet unter Verwendung der noch seitens der Stiftung Naturschutzfonds zur Verfügung stehenden Fördermittel bis zum Jahresende 2016 die Untere Naturschutzbehörde des Landratsamtes verantwortlich.

Mit Jahresbeginn 2017 wird die Federführung der Maßnahmen an die Stadt Laupheim übergeben. Das Landratsamt wird die weiteren Maßnahmen als Genehmigungsbehörde sowie beratend begleiten. In diesem Zusammenhang kann die Stadt Laup-

heim aus eigenem Ermessen für das Jahr 2017 einen Antrag auf eingeschränkte Vergrämnungsmaßnahmen von Saatkrähen in Teilbereichen der Innenstadt stellen. Im Falle eines solchen Antrages ist erneut eine enge fachliche Abstimmung mit dem Regierungspräsidium Tübingen und der Unteren Naturschutzbehörde erforderlich. Bis dahin gilt es aber, keine Möglichkeit zu versäumen, um alle geplanten Maßnahmen im Vorfeld der ab Januar 2017 beginnenden Nestbau- und Brutzeit vorzunehmen.

In den Parkanlagen der Stadt Laupheim gibt es seit den 1970er-Jahren eine zunehmende Zahl von Saatkrähen, wodurch es teilweise zu erheblichen Belästigungen der Anwohnerschaft kommt. Wie berichtet, geht

es beim aktuellen Lösungsansatz darum, Brut- und Lebensräume der Saatkrähen außerhalb Laupheims so attraktiv wie möglich und innerhalb in der Stadt so unattraktiv wie möglich zu gestalten. In mehreren runden Tischen und unter Einbindung von Experten wurden mögliche Vorgehensvarianten auf Basis einer von der Stiftung Naturschutzfonds Baden-Württemberg geförderten Machbarkeitsstudie entwickelt. Dabei wurden alle für einen Erfolg notwendigen Akteure wie Land- und Forstwirtschaft, Jagd, Naturschutz, betroffene Bürger, Stadt Laupheim oder Bundeswehr einbezogen.

Bei der Fixierung konkreter Maßnahmen wurde deutlich, dass in Bezug auf Art, Ort und Umfang der ge-

planten Umsiedlungsmaßnahmen diese im Detail mit den Regelungen des Bundesnaturschutzgesetzes abzugleichen sind. Das ist auch der Grund, warum die Projektumsetzung mehr Zeit in Anspruch nimmt als ursprünglich erwartet. Zudem galt es, einen Rahmen zu definieren, in dem es der Jägerschaft möglich ist, einer vorübergehenden Jagdruhe auf Rabenkrähen zuzustimmen.

Der grundsätzlich auch mit der Stadt und dem Regierungspräsidium abgestimmte Konsens besteht darin, dass in möglichst gleichmäßiger Verteilung in der Laupheimer Innenstadt an den dortigen Koloniestandorten insgesamt 40 Saatkrähenester abgebaut und in das Zielgebiet Bibri außerhalb der Stadt umgesetzt werden. Es wird davon ausgegangen, dass durch den teilweisen Nestabbau die lokale Population nicht erheblich beeinträchtigt wird. Die Biotopverbesserungsmaßnahmen im Zielgebiet sollen parallel dazu beginnen.

Für die Jägerschaft ist die Zustimmung zur Jagdruhe auf Rabenkrähen in Bereichen des Rißtals an einige Bedingungen geknüpft. So soll es ein begleitendes Monitoring von Niederwild- und geschützten Vogelarten und Biotopverbesserungen geben. Die Jäger bringen sich über eine zeitlich fixierte Jagdruhe auf Rabenkrähen in den Brut- und Nahrungsbiotopen der Saatkrähen in das Projekt ein.

Saatkrähen

Die besonders geschützte Saatkrähe unterliegt dem Schutz der EU-Vogelschutzrichtlinie und des Bundesnaturschutzgesetzes. Es ist verboten, der Saatkrähe nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen, zu töten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu stören. Sie unterliegt (nach wie vor) nicht dem Jagdrecht. Nach Angaben des Landratsamtes führen

illegale Vergrämnungsaktionen aus der Bevölkerung zum Beispiel zu einer weiteren Zersplitterung der Kolonien, zur Verlängerung der Brutzeiten und letztlich zur Zunahme der Art. Deshalb soll ein langsamer kontrollierter Umlenkungsdruck auf die innerstädtischen Kolonien aufgebaut werden, um eine Migrationsbewegung ins Rißtal auf die dortigen optimierten Standorte zu erreichen. (sz)

Kampf dem Krach

Stadt Laupheim startet Bürgerbefragung zur Lärmbelastung im Wohnumfeld

Von Roland Ray

LAUPHEIM - Wie stark fühlen sich die Laupheimer in ihrem Wohnumfeld durch Lärm belästigt? Welche Lärmquellen stören wo im Stadtgebiet besonders? Wie ließe sich der Krach reduzieren? Das will die Stadtverwaltung mithilfe einer Bürgerbefragung ermitteln.

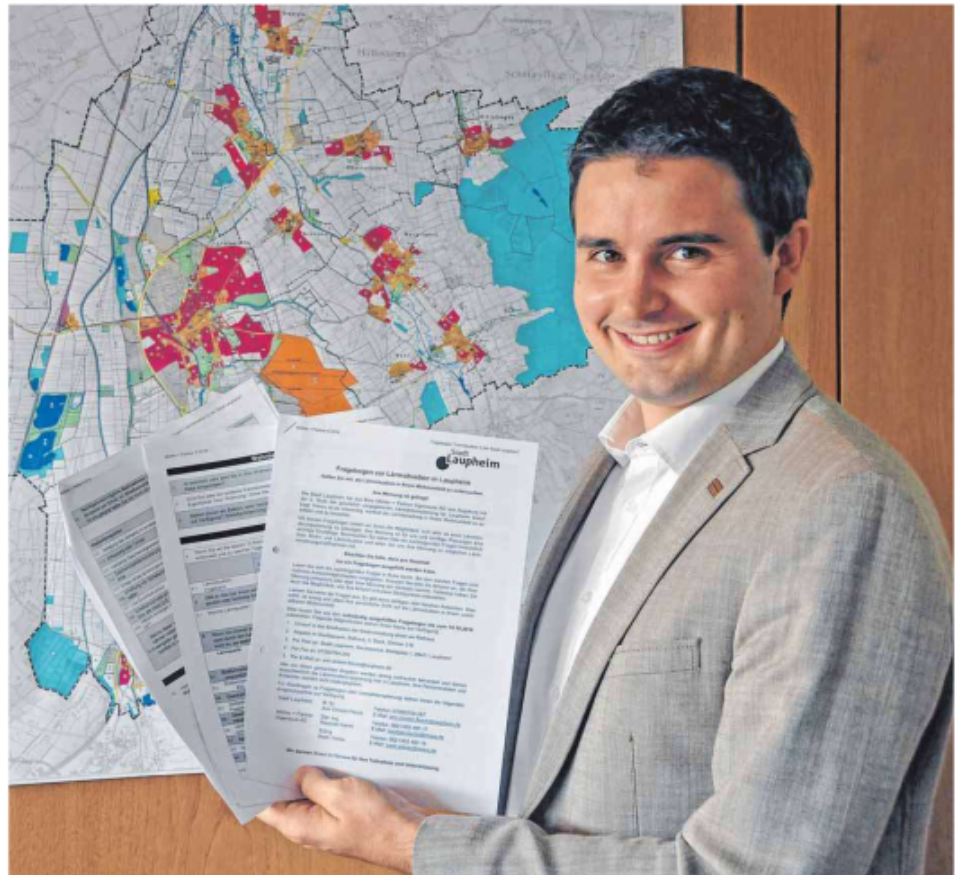
8500 Exemplare eines „Fragebogens zur Lärmsituation in Laupheim“ werden am Mittwoch, 21. September, mit dem Anzeigenblatt „Südfinder“ an die Haushalte in der Kernstadt, Baustetten, Bihlafingen, Ober- und Untersulmetingen verteilt. Der Fragebogen kann auch an der Rathauspforte in Laupheim abgeholt und im Internet unter www.laupheim.de heruntergeladen werden.

23 Fragen gilt es zu beantworten. Zum einen geht es um die Intensität des täglichen (und nächtlichen) Lärms im persönlichen Wohnumfeld, zum Beispiel durch Straßenverkehr, Eisenbahn, Spielplätze, Sport- und Freizeitanlagen, Gewerbe und Industrie, landwirtschaftliche Maschinen, Gaststätten, Biergärten, Flugzeuge, Hubschrauber und Nachbarn. Wie hat sich die Situation in den vergangenen zwölf Monaten entwickelt?

Platz für eigene Vorschläge

Im zweiten Teil des Fragebogens sind mögliche Maßnahmen aufgelistet, um speziell den Straßenverkehrs- und Eisenbahnlärm einzudämmen. Die Bürger werden um ihre Einschätzung gebeten, welche Optionen sie für wie gut geeignet halten. Das reicht von Lärmschutzwänden und Schallschutzfenstern bis zu Tempolimits und Durchfahrtsverboten für Lastwagen. Es ist Platz für eigene Vorschläge und Anregungen.

Abschließend sind einige Angaben zur Person, die den Fragebogen ausgefüllt hat, und zur Größe des Haushalts gewünscht, ebenso die Wohnadresse. Fehlt Letztere, wird der Fragebogen nicht ausgewertet. Man benötige Straße und Hausnummer, um die Angaben zur Lärmbelastung geografisch zuordnen zu können, erklärt die Stadtverwaltung und



Wird am 21. September verteilt: Thomas Echte vom Amt für Stadtplanung und Baurecht präsentiert den „Fragebogen zur Lärmsituation in Laupheim“.

FOTO: ROLAND RAY

versichert: „Die gemachten Angaben werden streng vertraulich behandelt und dienen ausschließlich der Lärminderungsplanung in Laupheim. Personendaten und Antworten werden nicht weitergegeben.“

Wichtig für künftige Planungen

Die Fragebogenaktion ist Teil der vom Gesetzgeber geforderten „Lärmaktionsplanung“; diese fußt auf einer „Umgebungs-lärmrichtlinie“ der EU zur Lärmerfassung und -bekämpfung, unter Beteiligung der Bürger. 2014 hat die Stadt in diesem Zusammenhang

die Verkehrsströme in Laupheim und den Teilorten erfassen und eine - bisher unveröffentlichte - Straßenlärmkarte anfertigen lassen. „Im zweiten Schritt der Bestandsaufnahme geht es nun um das subjektive Empfinden der Bürger in ihrem Wohnumfeld“, erklärt Thomas Echte, stellvertretender Leiter des Amtes für Stadtplanung und Baurecht. Ihre persönliche Wahrnehmung sei gefragt und ihre Meinung, wie Lärm vermieden oder verringert werden könnte. „Das ist eine wichtige Grundlage für künftige Planungen“, betont Echte. Nach Aus-

wertung der Fragebögen wolle man dem Gemeinderat Bericht erstatten. Vorschläge zur Lärminderung entwickeln und Stellungnahmen von Fachbehörden einholen. Am Ende soll ein Abschlussbericht der Stadtverwaltung stehen - und ein Aktionsplan.

Die Bürger haben bis 10. Oktober Zeit, den Fragebogen auszufüllen und bei der Stadtverwaltung abzugeben.

Laupheimer Soldaten fliegen Spezialkräfte in den Einsatz

Der letzte von 15 neuen leichten Mehrzweckhubschraubern ist am Montag an das Hubschraubergeschwader 64 übergeben worden

Von Roland Ray

LAUPHEIM - Den letzten von 15 neuen, leichten Mehrzweckhubschraubern vom Typ H145M hat der Hersteller Airbus Helicopters am Montag an die Bundeswehr übergeben. Die Maschinen sind speziell für Einsätze der Spezialkräfte ausgelegt und beim Hubschraubergeschwader 64 der Luftwaffe (HSG) in Laupheim stationiert.

Die H145M erweitert das Fähigkeitsspektrum der Bundeswehr bei Krisenlagen im In- und Ausland, bei Geiselnbefreiungen und der Evakuierung von Verwundeten, sagte Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU), die zur Übergabeceremonie nach Laupheim gekommen war. Das Beschaffungsprojekt mit einem Gesamtvolumen von knapp



Die Bundeswehr erhält 15 neue Hubschrauber. Ministerin Ursula von der Leyen (CDU) kam zur Übernahmezeremonie nach Laupheim. FOTO: DPA

200 Millionen Euro liegt im Zeit- und Kostenplan. „Ich wünsche, es wäre immer so“, sagte die Ministerin. Im Dezember 2015 wurden die ersten zwei Maschinen geliefert, seither werden Piloten und technisches Personal ausgebildet und fliegerische Einsatzverfahren entwickelt. 2018 soll das Waffensystem einsatzbereit sein.

Die H145M (zwei Triebwerke, insgesamt 1140 PS, Höchstgeschwindigkeit 270 km/h) gilt als wendig und leise und basiert auf einer zivilen Version, die unter anderem von Rettungsdiensten und der Polizei geschätzt wird. Die für die Bundesluftwaffe gebauten Maschinen sind für landgestützte und maritime Spezialoperationen geeignet. Sie können bis zu neun Personen aufnehmen und verfügen über ein Abwehrsystem gegen infrarotgelenkte Raketen, ballis-

tischen Schutz, eine leistungsfähige Sensorik für Aufklärungsmissionen und Vorrichtungen, an denen sich Soldaten abseilen können.

Das HSG 64 ist der einzige Verband der Bundeswehr, der den neuen Hubschrauber fliegt. Sowohl die Ministerin als auch der Inspekteur der Luftwaffe, Generalleutnant Karl Müllner, betonten, dass die Maschinen bei diesem Verband in besten Händen seien. Die Laupheimer Soldaten, die seit 2001 ein Kontingent in Afghanistan stellen, hätten außergewöhnliches Engagement bewiesen, um das neue Waffensystem schnell an den Start zu bringen. Mit der Stationierung in Laupheim werden etwa 130 Dienstposten neu geschaffen. Die 4. Fliegende Staffel des HSG, die die H145M einsetzt, zählt künftig zu den Spezialkräften der Bundeswehr.

Anlage 7

Stuttgarter Zeitung vom 27.06.2017

Alle 15 neuen Hubschrauber sind jetzt in Laupheim stationiert

Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen und der Inspekteur der Luftwaffe fliegen zur Übergabe ein

LAUPHEIM (ry) - Hoher Besuch auf dem Militärflugplatz: Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) hat am Montag zu Soldaten des Hubschraubergeschwaders 64 (HSG) der Luftwaffe gesprochen. Anlass war die Übergabe des letzten von 15 neuen, leichten Mehrzweckhubschraubern vom Typ H145M, gebaut von Airbus Helicopters, an die Bundeswehr. Die Maschinen sind speziell für Einsätze der Spezialkräfte ausgelegt und in Laupheim stationiert.

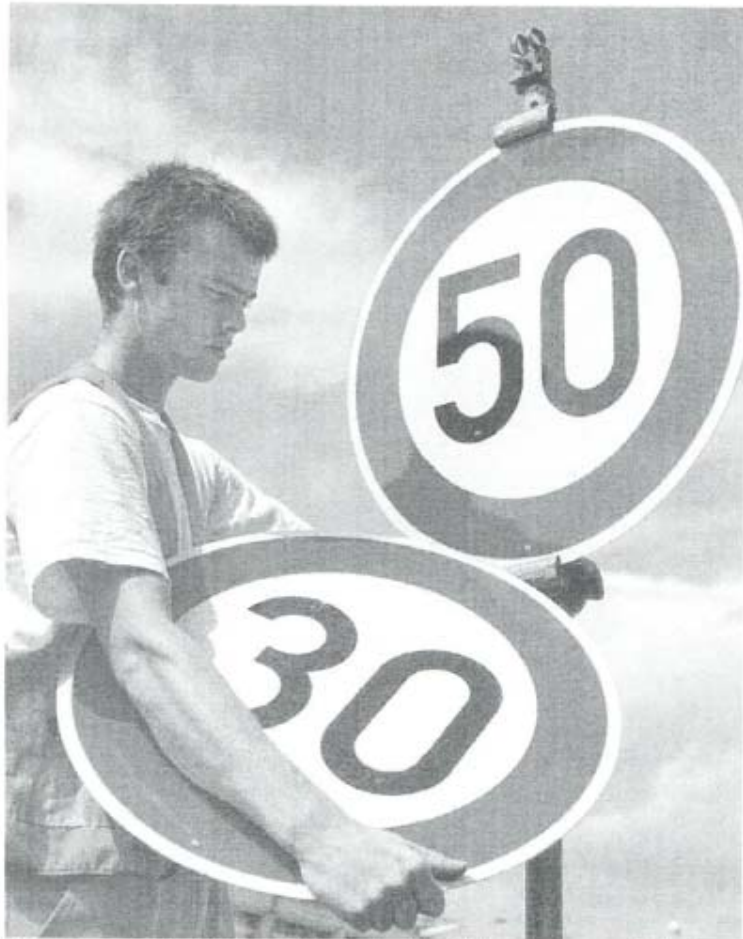
Oberbürgermeister Rainer Kapellen berichtete am Abend im Gemeinderat, die Ministerin habe im Gespräch bekräftigt, dass der Bund weitere 70 Millionen Euro nach Plan in den Militärflugplatz Laupheim investieren will.

Das Vorhaben einer gemeinsamen Kinderbetreuung in Zusammenarbeit der Stadt, der Bundeswehr und des Flugzeugkabinenausstatters Diehl Arcabin liege bei der Ministerin offenbar auf dem Tisch, sagte Kapellen. Von der Leyen hat sich für solche Kooperationen stark gemacht. Die Stadt hat bereits Gespräche mit den möglichen Partnern geführt. Oberst Stefan Demps, Kommodore des HSG 64, hatte neulich gesagt, etwa 50 Soldaten am Standort könnten ein solches Angebot sehr gut gebrauchen. SEITE 4



Small-Talk beim letzten von 15 neuen Hubschraubern: (von links) Kommodore Stefan Demps, Ministerin Ursula von der Leyen, die Bundestagsabgeordneten Martin Gerster (SPD) und Josef Rief (CDU), Markus Grübel (Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium), Generalleutnant Karl Müllner, Inspekteur der Luftwaffe, OB Rainer Kapellen.

FOTO: ROLAND RAY



Was tun gegen Verkehrslärm? Ein Gutachten für Laupheim empfiehlt Tempo 30 auf vielbefahrenen Straßen im Stadtzentrum und in den Teilorten sowie Tempo 70 auf einem Abschnitt der B 30.

FOTO: MARCUS FÜHRER/DPA

Kampf dem Krach: Gutachten empfiehlt Tempo 70 auf der Bundesstraße 30

Bürgerbefragung zur Lärmbelastung ist ausgewertet – Fluglärm stört am meisten

LAUPHEIM (ry) - Tempolimits, Flüsterasphalt, weniger Pflastersteine, Förderung von E-Mobilität: Das empfiehlt das Fachbüro Möhler + Partner in Augsburg, spezialisiert auf Schallschutz und Bauphysik, der Stadt Laupheim, um die Lärmbelastung für die Bürger zu reduzieren. Voraussichtlich im Juli soll der Gemeinderat über etwaige Schritte entscheiden. Eine Verpflichtung, Beschlüsse umzusetzen, besteht nicht.

Welche Lärmquellen stören wo im Stadtgebiet besonders? Das wollte die Verwaltung mithilfe einer Bürgerbefragung herausfinden. Im September 2017 wurde ein Fragebogen an alle Haushalte verteilt. „Es sind 7535 Wohneinheiten, 763 Fragebögen sind zurückgekommen“, berichtete Andrea Höcker von Möhler + Partner am Montag. Da sei ein überdurchschnittlich gutes Ergebnis.

Die Auswertung ergab, dass in 63 Prozent der Fragebögen vermerkt ist, die Lärmbelastung habe in den zurückliegenden zwölf Monaten zugenommen, zum Teil sogar stark. In 77 Prozent der Fragebögen geben Bürger an, dass sie sich durch eine bestimmte Lärmquelle besonders ge-

stört fühlen.

An erster Stelle wird Hubschrauber- beziehungsweise Fluglärm genannt; davon fühlen sich 38,2 Prozent der Befragten beeinträchtigt. Verkehrslärm von Straße und Schiene folgt mit 24 Prozent. Lastwagen als Lärmquelle wurden separat erfasst, sie rangieren mit 7,5 Prozent auf Platz drei. Dann kommen Nachbarschaftslärm (7,2 Prozent) und Krähengeschrei (6,8 Prozent).

Zusätzlich zur Bürgerbefragung hat das Fachbüro basierend auf Verkehrszählungen den Verkehrslärm berechnet. Eine hohe Belastung herrscht – erwartungsgemäß – im direkten Umfeld der B 30, der Bahnhof- und Ulmer Straße, im Bereich Marktplatz und in der Kapellenstraße.

Um den Lärm zu reduzieren, schlagen die Gutachter folgende Maßnahmen vor:

Tempo 30 auf Abschnitten der Bahnhof-, der Ulmer und Biberacher Straße, der Kapellen- und der Bronner Straße, der Hauptstraße in Baustetten, der Obersulmetinger Straße in Obersulmetingen und der Krepbachstraße in Untersulmetingen.

Auf der B 30 sollte die Höchstge-

windigkeit auf dem Streckenabschnitt zwischen der Zeppelinstraße bis kurz hinter der Bahnhofstraße von derzeit 120 km/h auf 70 km/h reduziert werden.

Die Pflastersteine im Bereich Marktplatz sowie in der Hasen-, der Raben- und der Lange Straße sollten gegen geschnittenes Pflaster oder Asphalt ausgetauscht werden.

Ein vierter B 30-Anschluss im Bereich Bahnhofstraße würde den Durchgangsverkehr verringern.

Die Stadt Laupheim soll sich um Fördermittel aus dem Bundesprogramm „Ladeinfrastruktur“ bemühen, kostenfreie Stellplätze für Elektrofahrzeuge in Erwägung ziehen und den ÖPNV fördern.

„Lärm durch militärische Tätigkeit in militärischem Gebiet ist nicht Gegenstand der Lärmaktionsplanung“, zitierte Andrea Höcker aus den gesetzlichen Vorgaben des Bundes. Hier könne man nur auf direktem Weg etwas erreichen. Sie empfahl eine enge Kommunikation mit der Luftwaffe bezüglich Flugrouten und Flugzeiten. In Sachen Krähenschrei seien durch die Umsiedlungsaktion erste Erfolge erzielt worden.